

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Drahtschreib: Tagesblatt Riesa.
Genuss, Nr. 29.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kurpfälzischen Gendarmerie, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
States der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontor Dresden 1923
Postamt Riesa Nr. 22.

Nr. 258.

Montag, 29. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 27. 10. bis 2. 11. 9 Millionen Mt. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 3 mm hohe Drucksetzungszeile (6 Zeilen) 120 Mt.; die 89 mm breite Reflektionszeile 400 Mt.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundpreisen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt 10%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezuger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa. Schließzeit: 15 Minuten.

Vorgehen des Reiches gegen Sachsen und Bayern.

Die sächsische Regierung soll zurücktreten.

1923, Berlin, 27. Oktober. Nachdem die der Sächsischen Landesregierung angehörenden kommunistischen Mitglieder in Anrufen an die sächsische Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und zur Auslösung gegen die Reichsgewalt aufgefordert haben, hat der Reichskanzler den Sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Seigener aufgefordert, den Rücktritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkennt. Der Reichskanzler hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß er die Antwort des sächsischen Ministerpräsidenten im Laufe des Sonntags erwarten und hat von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die die Reichsregierung im Falle einer Ablehnung ihrer Aufforderung sofort ergreifen wird.

Diese Meldung, die uns am Sonnabend 9.15 Uhr abends zuging, haben wir bereits durch Ausschlag bekannt gegeben. (D. Redaktion.)

Der Beschluss einstimmig erfolgt.

(Berlin. Die Mitteilung der „Welt am Montag“, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts gegen das Schreiben an den sächsischen Ministerpräsidenten gestimmt hätten, ist unrichtig. Der Beschluss, das Schreiben abzugeben, ist einstimmig gefaßt worden.)

Die sächsische Regierung lehnt ab.

1923, Dresden, (Mittwoch.) Auf das vom Reichskanzler an die sächsische Regierung gerichtete Ultimatum, zurückzutreten, ist folgende Antwort erteilt: Die sächsische Regierung lehnt das Ansuchen des Reichskanzlers, zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Einlass dazu liegt nicht vor und rechtfertigt sich das Verhalten der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung abzugeben. So lange das nicht erfolgt, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausbleiben. Sie wird aber alsbald im Landtage eine Entscheidung herüber herbeiführen.

Die Vertrauensfrage Seigners an den Landtag.

Dresden. Die sächsische Regierung wird in der Sitzung des sächsischen Landtages am 30. Oktober eine Entscheidung darüber herbeiführen, ob sie noch das Vertrauen des Landtages besitzt.

Ein Reichskommissar für Sachsen.

Zur Entschickung der sächsischen Regierung wird heiß erwartet. Der Reichspräsident hat durch eine gestern erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und notfalls andere sächsische Behörden abzulösen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung gefaßt ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen.

(Berlin. Wie der „Montag“ (Sonderausgabe des „Volksanzeiger“) wissen will, wird zum Reichskommissar für Sachsen der frühere Chef der sächsischen Staatskanzlei, Ministerialdirektor Dr. Schulze, ernannt werden.)

Kampfanlage der Kommunisten.

Der Landesvorstand der KPD. und die sächsische Landtagsfraktion der KPD. verbreiten ein Flugblatt, in dem außerordentlich scharf gegen das Reichswehrkommando, Ver-

wehren, Kämpfer, Stellung genommen wird und in der es u. a. heißt:

Wir Kommunisten erklären: Wir stehen auf dem Boden der Grundrechte durch den Herrn General. Wir stehen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden. Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die wertvollen Massen zum Kampfe gegen die Willkürherrschaft, Faschismus und Ausbeutung zu mobilisieren. Wir werden die Massen mobilisieren, was der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faschisten weisen. Wir fordern die Arbeiterklasse auf, das Verbot der Hundstrecken mit der Einstellung unabhingiger neuer Hundstrecken, das Verbot der Aktionsausgänge mit der Bildung von Aktionsausgängen in jedem Vertriebs zu beantworten.

Diese offene Kampfanlage der Kommunisten mag der Reichsregierung die Veranlassung zu ihrem letzten scharfen Vorgehen gegen die sächsische Regierung gegeben haben.

Die freien Gewerkschaften und der sächsische Konflikt.

Berlin. Die freien gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen werden am Dienstag in Berlin in einer Sitzung zum sächsischen Konflikt und zu dem Hilferuf der sächsischen Gewerkschaften Stellung nehmen.

Keine sächsischen Reichskomitees für sächsische Angelegenheiten.

21. Okt. Wie die Zeitung von zuverlässiger Stelle erfährt, hat wohl gestern Abend eine Sitzung der Mitglieder des Thüringer Kabinetts stattgefunden, doch sind Beschlüsse über die sächsische Angelegenheit nicht gefaßt worden.

Eine Reichsforderung an Bayern.

Gleichzeitig mit dem Vorgehen gegen Sachsen hat die Reichsregierung folgende Aufforderung an Bayern gerichtet:

(Berlin, 27. Oktober. Am Verfolg der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder gefaßten Entschickung hat die Reichsregierung an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Wehrmacht im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wieder herzustellen.

Nach einer Meldung der „Montagspost“ aus München ist die an Bayern gerichtete Note, in der die bayerische Regierung aufgefordert wird, die verfassungsmäßigen Zustände wiederherzustellen, dem Ministerpräsidenten von Kulling am Sonntag überreicht worden. Heute Montag findet im Wilhelms ein Ministerrat statt, der sich mit der Note der Reichsregierung beschäftigen wird.

Wie die „Montagspost“ aus Nürnberg meldet, fand dort am Sonntag eine scharfe Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Bayerns statt. Es wurde eine Entschickung angenommen, in der es heißt: Die ganze Unhaltbarkeit der heutigen Zustände ist dadurch charakterisiert, daß die bayerische Regierung die Wehrmachtverweigerung eines hohen Reichswehroffiziers gestützt hat und gebietet hat und daß der Generalstaatskommissar erklären kann, er verhandelt mit der Reichsregierung nicht. Unerschütterlich zu allen weiteren Opfern bereit steht die Sozialdemokratische Partei dem Reich. Sie erwartet aber auch, daß nur jene die verantwortlichen Reichsvertreter ihren Verpflichtungen nachkommen, Hüter von Reich, Verfassung und Reichseinheit mit der Zeit zu sein.

(München. Der Reichspräsident hat durch ein Verwehrensverbot Oberbayerischer Schwaiber der Deutschen Volkspartei hat eine Entschickung gefaßt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß durch die Verwehrensverbot der bayerischen Reichswehrtruppen, den Hauptanspruch des Reichs und die neuesten Erklärungen von Adelsch über den Konflikt in bayerischer Weise verstanden hat. Es wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß das bayerische Gesamtministerium einen alsbaldigen Ausgleich mit der Reichsregierung herbeiführen werde.)

bedeuten. Sogar kommt, daß Poincaré noch eine ganze Anzahl anderer Forderungen aufgestellt hat, durch die die neue Konferenz von vornherein für Deutschland völlig entwertet wird. In England hat man angesichts dieser Lage von offizieller Seite auch bereits die Frage aufgeworfen, ob unter diesen Umständen die Konferenz überhaupt noch Zweck hat. In Washington ist man hoffnungsvoll. Man ist bereit, Sachverständige zur Verfügung zu stellen. Daß in erster Linie Morgans Name genannt wird, stimmt allerdings auch nicht gerade hoffnungsvoll. Ist doch Morgans politisch wie wirtschaftlich völlig auf die französischen Belange eingestellt. So, man sagt ihm sogar nach, daß er Poincaré in seiner Außenpolitik immer wieder betörtet habe, da er sich mit dem Plane der Gründung eines europäischen Staatstreffes trage und diesen Gedanken mit Hilfe der französischen Wehrmachtstruppen verwirklichen will. Die amerikanische Presse begrüßt naturgemäß die neue Konferenz, wenngleich sich auch hier und da Bedenken gegen die Verantwortlichkeit Morgans geltend machen.

(Brüssel. Meldung der Agence belge. Die belgische Regierung hat den Rabinetten von London und Washington mitgeteilt, daß sie dem zweiten von der amerikanischen Regierung gemachten Vorschlag zustimme, monach die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch einen von der Reparationskommission zu ernennenden Sachverständigen auszusprechen lasse.)

Die Aussichten der Reparationskonferenz.

Poincaré hat es aus taktischen Gründen für gut gefunden, die Anregung der angelsächsischen Mächte auf Einberufung einer neuen Reparationskonferenz, durch die die deutsche Zahlungsunfähigkeit geprüft werden soll, nachzugehen. Die Form, in der dieses Nachgeben erfolgt, macht jedoch, wie bisher immer, die tatsächliche Wirkung dieses Schrittes für Deutschland unwirksam. Nach der Anschauung Poincarés soll die Konferenz aus Vertretern der Reparationskommission sich zusammensetzen und geradezu eine Interabteilung dieser Kommission bilden. Felt steht für Frankreich anherdem von vornherein, daß die deutschen Gesamtschulden nicht verringert werden dürfen, und daß auch der französische Anteil in seinem vollen Umfange zu leisten bleibt. Ferner wird die Forderung gestellt, daß die Poincaré sich ausdrückt, der passive Widerstand im Ruhrgebiet endgültig aufgegeben werden soll, d. h., daß die Beschlüsse in vollem Umfange wieder angenommen werden, ohne daß Frankreich seinerseits in seinen Maßnahmen irgendwie nachgibt. Die Verweigerung dieser Forderungen ist nun wiederum Deutschland aus rein finanziellen Gründen nicht möglich. Würde trotzdem der Versuch gemacht werden, so würde das praktisch den Zusammenbruch des einseitigen Widerstands zur Folge haben.

(London. Der Untersekretär des Neuhern McNeill erklärte gestern in einer Rede, er ferne sich außerordentlich, daß die Einladung zur Prüfung der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands von den Franzosen angenommen worden sei. Es bestehe daher augenblicklich sehr große Hoffnungen, daß eine neue Lage durch diese Vereinbarung herbeigeführt werde. Ob es sich erwidern lassen werde, in naher Zukunft auch nur einen Teil der Reparationen zu erfüllen, das England und Frankreich für die furchtbaren Schäden des Krieges geschuldet würden, könne er augenblicklich kaum sagen. Die Grundfrage der weiteren Politik der letzten britischen Regierung sei die Aufrechterhaltung der Entente mit der größtmöglichen Deutlichkeit.

(New York. Die Annahme des englischen Vorschlages zur Einberufung einer internationalen Sachverständigenkommission zur Stabilisierung der Wirtschaftslage Deutschlands begriffen die Washingtoner Amtskreise als Schritt zur Reparationsregelung. Nach der „Associated Press“ bezeichnet die amerikanische Seite, sofern die Lage sich in diesem Sinne weiter entwickle, es als sicher, daß mit Zustimmung der Washingtoner Regierung der zu ernennende amerikanische Sachverständigenausschuß als Mitglied beitreten werde.)

Das Treiben der Sonderbündler.

(Köln. Die Exekutive für Rheinland-Nord hat hier eine von Matthes unterzeichnete Proklamation angeschlagen, monach zur Rettung des Rheinlandes in letzter Stunde vor völliger Vereisung durch Frankreichs Schuld und vor insubordinierter Revolution die unabhängige sächsische Republik erklärt und die provisorische Regierung gebildet worden sei. Die Autorität der belagerten Mächte sei sichergestellt, und auch ferner Ernsthaft zu beachten. Die Lebensmittelversorgung sei gesichert. Mit Mäandern und Unruhehütern werde ohne Warnung geschlossen werden. Zeitungen und Druckschriften dürften nur mit Genehmigung der Exekutive erscheinen.)

(Köln. Der Landesherr des Sonderbündlers Becker entgegen, der erklärte, die interalliierte Rheinland-Kommission habe die sogenannte Regierung der Rheinland-Revolution und ihre bürgerlichen Vertreterinnen anerkannt, wird hier von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß sowohl der Reichsdelegierte wie auch der Bezirksdelegierte der Rheinland-Kommission den amtlichen deutschen Stellen gegenüber diese Behauptung für falsch erklärt habe. Oberstaatsrat Tizand erklärte, er werde nur die Regierung anerkennen, die die tatsächliche Macht habe.)

(Mainz. Die Sonderbündlerische „Regierung“, die inzwischen wohl eingesehen hat, daß die Mainzer Bevölkerung tren zum Deutschen Reich hält, veröffentlichte einen weiteren Aufruf, in dem allen Wehrkraftstren die Wiederum große Verheerungen gemacht werden. So wird verprochen: Wertbehändige Führung, Revolucion der Generecchie, Verwehrensverbot des Hauptmorgans, Verfall der Reichsmieteneigenschaft, Wehrkraft der Angewandtheit, Unantbarkeit des eigenen Grundbesitzes. Unterzeichnet ist der Aufruf von einem Kapitän Dr. Roth. Den deutschen Zeitungen, die gegenüber dem gehen von den Sonderbündlern in den Mainzer Wäldern amandem die veröffentlichten Aufruf einen Gegenaufruf veröffentlichten wollten, wurde diese Veröffentlichung verboten. Darunter sollte der Aufruf platziert werden, was jedoch nicht gelang von den Franzosen verboten und durch Militär verhindert wurde. — Kurz nach der Besetzung des Stadthaus am Sonnabend nachmittag fand eine Durcheinander Familier Mikroräume durch die Franzosen hat. Wegen abend wurde das Stadthaus von den Franzosen und Sonderbündlern wieder geräumt. — In der Nacht zum Sonnabend drang ein aus Mischehem kommenden Haufen (nach Angabe der dortigen Bevölkerung soll es sich um Sonderbündler gehandelt haben) in das Dorf Bauhof ein (Kreis Gochsberg) ein, ausgesetz um Vieh zu requirieren. Die Wehrkraft trat den Eindringlingen mit Dreifeldern zum entgegen. Es kam zu einer blutigen Schlacht, in deren Verlauf vier Eindringlinge getötet und auf beiden Seiten eine große Anzahl von Personen zum Teil schwer verletzt wurde. Sonnabend nachmittag zwischen 7 und 8 Uhr drangen die Sonderbündler erneut in das Dorf Bauhof ein und legten drei Gehöfte in Brand. Der Feuerweh aus der Nachbarschaft gelang es, einen weiteren Umkreis des Dörfers einzuhegen zu tun.)

Die Lage im besetzten Gebiet.

Die Entwicklung in den letzten Tagen ist einmal durch die politischen Bestrebungen in der Separatistenbewegung, auf der anderen Seite durch die immer unbehaltbarer werdende Wirtschaftslage der dritten Massen gekennzeichnet. Nachdem die Kampfhandlungen in den verschiedenen Städten zu einem gewissen aber wohl nur vorläufigen Abbruch gekommen sind, kann im allgemeinen das Scheitern der Putzsbewegung festgestellt werden. Man hat den Eindruck, als ob die ganze Bewegung unheilvoller denn je gefaßt ist und als ob es sich um die Generalspolitik der verschiedenen Gruppenführer handelt, die mit den jeweiligen örtlichen Führern gemeinsame Sache gemacht haben, ohne eine einheitliche Leitung herszusetzen. Die Anerkennung der Putzistenherrschaft dort, wo sie Erfolge gehabt hat, die auf der Schingung der Oberkommission eine allgemeine Anerkennung der Separatistenbewegung nach sich ziehen soll, wird von britischer Seite naturgemäß stark bekämpft. Die Behebung der wirtschaftlichen Not, die durch die Entlassungen und Waffenkündigungen hervorgerufen ist, wird von Seiten der deutschen Industrieführer durch Einleitung neuer Verhandlungen zu Beginn dieser Woche erstrebt. Die französischen Forderungen sind jedoch derart weitgehend, daß die Beständigkeitsaussichten auch jetzt nicht allzu groß sind.